

# **EIN JAHR NACH DEM ANSCHLAG VON HANAU**

---

## **„Die Angehörigen der Opfer müssen sich Hilfe hart erkämpfen“**

- Viele Hinterbliebene stehen vor existenziell bedrohlicher Situation – finanzielle Hilfen sind unzureichend oder Beantragung kostet viel Zeit
- Mangel an Therapieplätzen erschwert die Aufarbeitung von Traumata
- Politik und Gesellschaft müssen ideologische Hintergründe des Anschlags aufarbeiten, um rechtem Terror den Boden zu entziehen

**Ein Jahr nach dem rechtsterroristischen Anschlag von Hanau am 19. Februar 2020, bei dem neun Menschen aus rassistischen Motiven ermordet wurden, ist die Lebenssituation der Überlebenden und Hinterbliebenen existenziell erschüttert. Die Bildungsstätte Anne Frank und ihre Beratungsstelle response fordern gezieltere Hilfen für die Betroffenen und eine entschlossene gesamtgesellschaftliche Aufarbeitung der ideologischen Hintergründe des Anschlags.**

„Direkt nach dem Anschlag haben Politik und Gesellschaft den Opfern von Hanau ihre Anteilnahme und Solidarität versichert und schnelle Hilfe versprochen. Ein Jahr später aber stehen viele Betroffene vor den Scherben ihrer Existenz. Den Angehörigen der Opfer wird kaum zugehört und sie müssen sich Hilfe selbst hart erkämpfen“, kritisiert Liisa Pärssinen, Leiterin der hessischen Beratungsstelle response für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, deren Team seit Februar 2020 Betroffene des Anschlags unterstützt. „Viele Betroffene zeigen unheimlich viel Kraft und Stärke, indem sie wieder und wieder auf ihre schwierige Situation hinweisen und Hilfe einfordern. In Gesprächen mit Politik und Behörden machen sie aber leider oft die Erfahrung, dass ihre Anliegen nicht ernstgenommen werden oder entgegen ihrer Bedürfnisse entschieden wird.“

Zwar hätten insbesondere die Stadt Hanau und zivilgesellschaftliche Akteur\*innen wie die Initiative 19. Februar viel für die Betroffenen getan, auch Härteleistungen des Bundes für Opfer extremistischer Anschläge seien vom Bundesamt für Justiz geleistet worden. Die finanziellen Hilfen reichten aber nicht aus, betont Pärssinen. „Viele der Betroffenen sind durch die Folgen des Anschlags vorübergehend oder dauerhaft erwerbsunfähig. Manche müssen das weggefallene Einkommen eines ermordeten Familienmitglieds ausgleichen. Ladenbesitzer\*innen wurden mit dem Anschlag buchstäblich ihrer Existenzgrundlage beraubt. Dazu kommen gestiegene Kosten, etwa für jene Menschen, die aufgrund der unerträglichen Nähe zum Tatort umziehen und dafür höhere Mieten oder Fahrtkosten in Kauf nehmen müssen.“

Insbesondere das Land Hessen habe bislang zu wenig konkrete Unterstützung für die Betroffenen des Anschlags von Hanau geleistet, bemängelt Pärssinen. Der geplante hessische Opferfonds für alle Opfer von Gewalttaten, ausgestattet mit zwei Millionen Euro, könne keine langfristige finanzielle Entlastung für die Betroffenen bringen und verkenne die politische Dimension des Anschlags. „In keinem Bundesland gab es in den vergangenen zwei Jahren so viele Tote durch rechte Gewalt wie in Hessen. Die Landesregierung muss Verantwortung übernehmen und sich ernsthaft mit den Betroffenen solidarisieren. Wir fordern einen Opferfonds für Betroffene rechter Gewalt, so wie andere Bundesländer ihn bereits realisiert haben“, so Pärssinen.

Vorhandene Hilfsstrukturen wiederum seien für schwer traumatisierte und existenziell getroffene Menschen oft nur schwer zugänglich. „Um Leistungen nach

dem Opferentschädigungsgesetz zu erhalten, müssen die Betroffenen ein kompliziertes bürokratisches Verfahren durchlaufen, welches kräftezehrend ist, bis zu zwei Jahre dauern kann und ohne Unterstützung fast nicht zu schaffen ist. Selbst bei positivem Bescheid bieten die in Aussicht gestellten Summen keine sichere Lebensgrundlage und -perspektive“, so die Leiterin von response. Zudem führe ein Mangel an Therapieplätzen in Hanau dazu, dass gar nicht alle Betroffenen, die es benötigen, therapeutische Begleitung erhalten – und damit auch nicht die für die Opferentschädigung benötigte Dokumentation ihrer psychischen Belastung vorweisen können. „Das Versorgungssystem weist große Lücken auf, was dazu führt, dass Menschen nicht die Hilfe erhalten, die sie benötigen und die ihnen zusteht“, so Pärssinen und führt weiter aus: „Bestehende Versorgungsstrukturen sind für viele Menschen nicht zugänglich und die Fahrt zu regelmäßigen Therapiestunden in anderen Städten kostet sie Kraft und Geld – für manche ist dies gar nicht machbar, auch weil Fahrtkosten nicht ausreichend übernommen werden. Es braucht hier dringend weitere Maßnahmen, um allen den Zugang zu ausreichender medizinischer Versorgung zu ermöglichen. Denn wenn Menschen eine notwendige Behandlung nicht erhalten, besteht die Gefahr, dass sich psychische Belastungen chronifizieren.“

Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, ergänzt, dass die Betroffenen auch mit der Aufarbeitung des Anschlags alleine gelassen würden. Nur der hartnäckigen Thematisierung durch Überlebende und Angehörige der Ermordeten sei es zu verdanken, dass fatale Versäumnisse, wie der nicht erreichbare Polizeinotruf in der Tatnacht, der versperrte Notausgang eines Tatorts oder der ungehinderte Zugang des Täters zu den Mordwaffen öffentlich geworden seien. „Die Schilderungen der Überlebenden und Hinterbliebenen deuten darauf hin, dass zumindest einige der Morde hätten verhindert werden können. Zudem erinnern sie auf erschreckende Weise an die Erfahrungen der Betroffenen im NSU-Komplex. Wenn die hessische Landesregierung den Kampf gegen rechten Terror wirklich ernstmeint, dann ist es jetzt höchste Zeit, die Umstände des Anschlags und die Ermittlungsarbeit entschlossen aufzuarbeiten“, so Mendel.

Dabei gelte es insbesondere auch die ideologischen Hintergründe der Tat in den Blick zu nehmen. „Es ist bequem und einfach, den Anschlag von Hanau als Tat eines verwirrten Einzeltäters darzustellen. Dieser Einzeltäter-Mythos ist gefährlich, denn der Täter tauschte sich vor dem Anschlag mit anderen Menschen im Internet aus – und er fühlte sich, wie andere Rechtsterroristen vor ihm, von der gesellschaftlichen Stimmung in seinem rassistischen Weltbild gestärkt und legitimiert. Wenn wir weitere Terrorakte verhindern wollen, reicht es nicht aus, die Gewalttaten einzelner zu ächten. Wir müssen uns als Gesellschaft den menschenfeindlichen Ideologien in unserer Mitte annehmen, in Schulen, Behörden, Unternehmen, Medien oder dem Justizapparat für Rassismus in all seinen Ausprägungen sensibilisieren, um der Gewalt ihren sozialen Resonanzraum zu nehmen. Das sind wir den Betroffenen des Anschlags von Hanau und all jenen Menschen schuldig, denen der rechte Terror ihr Sicherheitsgefühl genommen hat.“

### Hinweise für Ihre Berichterstattung:

**Petition für einen Rechtsterrorismus-Opferfonds in Hessen:** Die Bildungsstätte Anne Frank hat gemeinsam mit der Initiative 19. Februar und dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e.V.) eine Petition für einen hessischen Opferfonds für die Betroffenen des Anschlags von Hanau initiiert. Gerne können Sie in Ihrer Berichterstattung darauf verweisen: <https://weact.campact.de/petitions/hessen-braucht-jetzt-einen-rechtsterrorismus-opferfonds-ein-jahr-nach-dem-anschlag-in-hanau>

### **Bildungs- und Beratungsangebote der Bildungsstätte Anne Frank**

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken. Die Bildungsstätte Anne Frank vernetzt verschiedene Gruppen und Communities und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von wechselnden Sonderausstellungen, öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Konferenzen und Fachtagen. Lehrkräfte und Pädagog\*innen erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Auf dem neuen Meldeportal [hessenschauthin.de](https://hessenschauthin.de) können rechte und rassistische Vorfälle gemeldet werden.

# #IstAlltag

# #Hessenschauthin

**Marie-Sophie Adeoso**  
Ansprechpartnerinnen für  
die Presse

T. (+49)69 560 00 -264  
M. [madeoso@bs-anne-frank.de](mailto:madeoso@bs-anne-frank.de)  
→ [bs-anne-frank.de](https://bs-anne-frank.de)

Hansaallee 150 |  
60320 Frankfurt am Main